

LESERBRIEFE

Murhof AG: Ein schwarzer Tag für die Demokratie

Anlässlich der ausserordentlichen Gemeindeversammlung vom 22. September in Pfaffnau rutscht die Einwohnergemeinde Pfaffnau durch die Zustimmung einer Murhof AG ins gleiche Fahrwasser wie das Alters- und Gesundheitszentrum Adligenswil AG und das Pflegezentrum Riedbach AG. Bei den beiden letztgenannten AG sind grosse finanzielle Probleme zu verzeichnen. Das Steuersubstrat muss erhöht werden oder andere notwendige Investitionsvorhaben für die Allgemeinheit werden Opfer der finanziellen Schiefelage.

Schon die finanzielle Grundstruktur der Murhof AG lässt nichts Gutes erahnen. Wird doch das Eigenkapital des «Murhofs» von 5,897 Millionen gegen ein Aktienkapital von einer Million für die Einwohnergemeinde eingetauscht. 4,897 Millionen stehen somit der Murhof AG zur freien Verfügung. Um das Projekt Murhof zu realisieren, brauchte es jedoch zusätzliches Kapital, ca. 21 Millionen, das mittels Bürgschaften durch die Einwohnergemeinde abgesichert werden muss. Somit tragen die Einwohner von Pfaffnau die gesamte Last und auch das Risiko, während die Murhof AG Narrenfreiheit genießt.

Ein Rückfluss vom Kapitalvermögen der AG zum ursprünglichen Verwal-

tungsvermögen ist nicht angedacht. Steuereinnahmen an die Einwohnergemeinde von der gemeinnützigen AG gibt es keine. Das Mitspracherecht der Einwohner ist abgekoppelt, denn die AG hat keine Rechenschaftspflicht gegenüber den Stimmbürgern – was eine krasse demokratische Einschränkung bedeutet. Dienstleistungen einer ausgelagerten AG sind mit Sicherheit teurer als Eigenleistungen.

Wie geht es den Betagten unter Leistungsdruck beim Personal, Vereinsamung und Taxerhöhungen, die von den Betagten und der Allgemeinheit getragen werden müssen? Höhere Ergänzungleistungen werden notwendig, was auch Finanzierung der AG-Gewinne bedeutet, und die Einwohner haben kein Mitspracherecht. Hat die AG Erfolg und Wachstum, bringt das den Einwohnern nichts. Jedoch bei Schiefelage der AG müssen die Einwohner zahlen.

Wahrlich ein höchst zweifelhaftes Unterfangen, denn die Betagten werden zum Geschäftsobjekt der AG. Eine Optimierung für Bewohner- und Personalfreundlichkeit ist unumgänglich und das muss ohne Mehrkosten gelöst werden. Die Nachfinanzierungen durch die Einwohnergemeinde lassen grüssen.

Rolf Zedi, Pfaffnau



Wollen am CVP-Parteinamen festhalten (von links): Luzerner Komitee-Aushängeschilder Agnes Keller (Grossstadträtin), Parteimitglied Stephan Buhofer, der ehemalige Präsident des Stadtparlaments Albert Schwarzenbach und alt Grossrat Marcel Sonderegger. Foto Keystone/Urs Flüeler

Komitee wehrt sich für das C

CVP Ein Luzerner Komitee hält nichts von der Idee, den Parteinamen der CVP Schweiz durch «die Mitte» zu ersetzen. Es hat am Freitag seine Argumente gegen einen Namenswechsel präsentiert und fordert statt einem neuen Namen eine mutigere Politik.

Das C sei ein Alleinstellungsmerkmal der Partei, sagte Komiteemitglied Albert Schwarzenbach, ehemaliger Präsident des Luzerner Stadtparlaments, vor den Medien. Es diene als Kompass, die CVP sei zwar christlichdemokratisch, nicht aber die Partei einer Kirche oder einer Religion, sondern offen für alle Menschen. Dem Komitee gehören rund 30 Personen an. Darunter seien auch prominente Parteivertreter wie alt Regierungsrat Klaus Fellmann oder alt Nationalrat Pius Segmüller. Ebenso Daniela Merkel, Präsidentin des Kantonalverbands des Schweizerischen Katholischen Frauenbundes und der Horwer Gemeinderat Hans-Ruedi Jung. Man wolle ein Ansprechpartner für jene Menschen sein, die sich gegen eine Umbenennung stellen. Bislang seien vor allem ältere Mitglieder dabei.

Der Parteipräsident der Luzerner CVP, Christian Ineichen, hatte sich

zuvor bereits öffentlich für einen Namenswechsel ausgesprochen. Die CVP habe ein «Markenproblem», viele Wählerinnen und Wähler würden die Partei wegen des C im Namen nicht wählen, schrieb er in der jüngsten Ausgabe der Parteipublikation.

«Null Emotionen»

Die Komitee-Mitglieder bemängelten, dass im kantonalen Blatt keine kritischen Stimmen zu Wort kamen und der Prozess von oben nach unten geführt werde. Gerhard Pfister, Präsident der CVP Schweiz, hatte Anfang September den neuen Namen vorgestellt.

Ein solcher Prozess brauche mehr Zeit, argumentierten die Gegner. Die Diskussion sei wichtig, sagte die Luzerner CVP-Grossstadträtin Agnes Keller, doch werde sie das Gefühl nicht los, dass der Mist schon geführt sei. Das Komitee stört sich auch daran, dass mit «die Mitte» nur eine Variante zur Auswahl stehe.

Überhaupt sei «die Mitte» kein Label sondern ein Sachbegriff mit «null Emotionen», sagte alt Grossrat Marcel Sonderegger. Die Mitte werde von den Polen definiert, warnte er.

Statt einem Namenswechsel sollte die Partei ihr Programm überarbeiten und ihr Profil schärfen. Sie orientiert sie seit Längerem zu wenig an den C-Inhalten, etwa bei der Waffenaus-

fuhr, der Asylpolitik oder der Konzernverantwortungsinitiative. Das C zu streichen für eine Heirat mit der serbelnden BDP, sei zudem ein hoher Preis.

Erhalt im Kanton Luzern

Die CVP Schweiz, die mit der BDP offizielle Gespräche zur Bildung einer neuen Partei führt, will sich mit dem Namenswechsel für neue Wählerinnen und Wähler öffnen. Das Komitee befürchtet dagegen den Verlust treuer Wählergruppen.

Jurist und Parteimitglied Stephan Buhofer sagte, wenn christliche Werte nicht mehr wählbar seien, sollte sich die Partei erst recht dafür einsetzen. Mit dem Namen nehme man der CVP ihr Identität, es werde eine neue Partei gegründet.

Er wies auf die lange Tradition der Partei hin. Das Bewahren der «wertkonservativen CVP» brauche es in einer Zeit des raschen Wandels und Wertereativismus erst recht.

Sollte es zum Namenswechsel auf nationaler Ebene kommen, wolle sich das Komitee auf kantonaler Ebene für den Erhalt der Bezeichnung CVP Luzern einsetzen. Derzeit läuft eine Urabstimmung bei den Parteimitgliedern, ob der Name CVP in «die Mitte» verändert werden soll. Das Resultat wird am 26. Oktober bekanntgegeben. sda/WB

Peter Matt wird neuer Herzchirurgie-Chefarzt

LUKS Nach einem Abstecher nach Zürich kehrt der Herzchirurg Peter Matt nach Luzern zurück und wird ab 1. März 2021 Chefarzt der Herzchirurgie am Luzerner Kantonsspital (LUKS).



Peter Matt. Foto zvg

Seit Mai dieses Jahres ist Peter Matt stellvertretender Klinikdirektor der Herzchirurgie am Universitätsspital Zürich. Per 1. März 2021 tritt er die Nachfolge von Xavier Müller an, der sich ausserhalb der Herzchirurgie medizinisch neu orientieren wird, wie das LUKS am Montag mitteilte. Peter Matt war bereits vor seinem Wechsel an die

Uniklinik Zürich von Oktober 2017 bis Mai 2020 als Co-Chefarzt und Chefarztstellvertreter in der Klinik für Herzchirurgie am LUKS tätig. sda

DAS

WB-Podium



Yvonne Hunkeler
CVP, Grosswangen

Liebe Leserinnen und Leser
Die Politik hat ihre eigenen Regeln. Anders als im unternehmerischen Umfeld, wo Entscheidungen aufgrund vom Abwägen von sachlichen Vor- und

Rückgrat in der Politik

Nachteilen getroffen werden, übernehmen im politischen Umfeld die Parteien und deren Agenden sowie die Medien zunehmend die Führungsrolle.

Die Rolle der Exekutiven

Umso wichtiger wird die Rolle der Exekutiven, von Regierungsrat, Stadt- oder Gemeinderat. Insbesondere in Krisensituationen sind Klarheit in der Führung und der Mut zu eigenen Ent-

scheidungen von zentraler Bedeutung. Dies hat die Covid-Situation deutlich gezeigt. Auch wenn in gewissen Punkten durchaus Kritik geübt werden darf, die Luzerner Regierung hat das Heft in die Hand genommen. Entscheidungen mussten und müssen unter erschwerten Bedingungen, unter Zeitdruck und unter der Annahme von möglichen hypothetischen Entwicklungen getroffen werden. Das haben die Luzerner Regierungsräte bewiesen und sie sind mit Rückgrat zu ihren Entscheidungen gestanden. Persönlich habe ich das als Präsidentin der Kommission für Wirtschaft und Abgaben WAK in der Zusammenarbeit mit Regierungsrat Fabian Peter erlebt. Wir wurden transparent über die Entscheidungen der Regierung informiert, wir konnten die getroffenen Entscheidungen der Regierung nachvollziehen. Und es wurden Anregungen der WAK-Mitglieder entgegengenommen, wir standen in einem Dialog.

Die Rolle der Parteien

Die Parteien nehmen zunehmend eine treibende Rolle war. Das war schon früher so, aber die Schnelligkeit, mit denen Parteien heute zu einer Meinung kommen und so die Exekutiven vor

sich her treiben, ist erstaunlich. Auch hier ist die Covid-Situation ein gutes Beispiel: Im Hinblick auf die Corona-Sondersession vom 29. Juni 2020 wurden sage und schreibe 61 Vorstösse eingereicht. Alle Parteien wollten ihre Anliegen in dieser aussergewöhnlichen Situation einbringen, aber sich auch in dieser Krise profilieren und politischen Kredit gewinnen. Leider nimmt mit der Geschwindigkeit, mit welcher die Parteien heute ihre Meinungen kundtun, auch die Oberflächlichkeit zu: Meinungen sind gemacht, ohne sich fundiert mit der Situation auseinanderzusetzen. Parteipolitiker schlagen politisch in eine Kerbe, um der angeblichen Volksmeinung gerecht zu werden, zunehmend ohne Fairness und ohne differenzierte Meinungsbildung. Das ist erschreckend, denn nur weil wir gewählte Kantonsrätinnen und Kantonsräte sind, haben wir nicht das Recht und schon gar nicht die Fähigkeit, zu allem eine schnelle und abschliessende Meinung zu haben. Wir sind gewählt, um uns mit Sorgfalt um politische Themen zu kümmern und uns dann die Meinung zu bilden. Das ist auf jeden Fall mein Selbstverständnis als gewählte Kantonsrätin.

Die Rolle der Medien

Ähnliches spielt sich in der Medienlandschaft ab, nur noch dramatischer. Fundierte journalistische Recherche und Meinungsbildung werden immer schwieriger, denn die Medien – insbesondere die Printmedien – stehen unter enormem Druck, denn ihre Leserschaft bricht weg. So haben Journalisten aufgrund fehlender personeller Ressourcen oft gar nicht mehr die Möglichkeit, sich fundiert mit einer Materie auseinanderzusetzen. So werden die Meinungen gemacht, wie es die Leserschaft erwartet und um unter die «meistgelesenen Artikel» zu kommen oder die meisten Clicks zu erhalten. Einen substantiellen Beitrag zur Meinungsbildung tragen die Medien so nicht mehr bei. Das Risiko dabei ist, dass oberflächliche Fehleinschätzungen der Medien zur Volksmeinung werden. Selbstverständlich ist das nicht immer so, es gibt durchaus Journalistinnen und Journalisten, welche unter Zeitdruck einen bestmöglichen und objektiven Sichtweise einnehmen und diese auch publizieren. Und so mancher Kommentar hat auch mir schon Aspekte vor Augen geführt, die man als Teil des Systems gar nicht mehr wahrnehmen kann und will. Dafür bin ich dankbar.

Treiben statt getrieben werden

Und so kommen letztendlich immer mehr Entscheidungen von Regierungsrat, Stadt- und Gemeinderäten aufgrund des zunehmend oberflächlichen Getriebenwerdens der Parteien und der Medien zustande. Insbesondere in der Krise wird es zunehmend schwierig, Entscheidungen zu treffen und dafür mit Rückgrat hinzustehen. So werden die Deutungshoheit und die Meinungsbildung den Parteien und Medien überlassen. Diese nehmen Entscheidungen vorweg, die Exekutiven fahren anschliessend im Windschatten mit und bilden ihre eigene Meinung, getrieben von den Agenden der Parteien und den Schlagzeilen der Medien.

Das politische und mediale Klima ist eindeutig rauer geworden. Es wäre mehr als wünschbar, wenn wieder mehr Rückgrat in der Politik – insbesondere in Exekutivgremien – gezeigt würde. Mit Klarheit und Bestimmtheit Entscheidungen treffen und vorantreiben, statt sich Entscheidungen durch politische Profilierung von Parteien und der teilweise oberflächlichen Stimmungsmache der Medien eine Meinung aufdrücken zu lassen, das würde dem Milizsystem der Schweiz dienen.